Der Beobachter.



für die Lande an Sieg und Dill, an Lahn, Lenne und Eder.
Wochenschrift der Deutschen Volkspartei des Siegerlandes.

4. Jahrg. | Der „Beobachter" kostet **vierteljährlich M. 4.50** ohne Bringerlohn und Postgebühren. Er wird bestellt bei allen Postanstalten sowie in der Geschäftsstelle **Brüderweg 1** und der Druckerei **Obergraben 5/1** | **Samstag 1. April 1922** | **Anzeigen** finden im „Beobachter" weiteste Verbreitung. Die einspaltige mm-Zeile kostet **30 Pfg.**, bei Mehraufnahmen entsprechender Preisnachlaß. | **Nr. 13**

Inhalt der Nummer:

Bismarckworte. (Zur Erinnerung an den 1. April 1815.)
Autorität.
Vom Kapitalismus.
Bankrott oder nicht?
„Echte" Arbeiterfreunde.
Immer neue Warnungen!
Immer neue Schandstreiche!
Unmöglich.
Rußlands Wandlung.
Den Finger drauf.
Aus der Partei.

Bismarckworte.

(Zur Erinnerung an den 1. April 1815.)

Aus seinen Reden:

17. 5. 1847. Es heißt meines Erachtens der Nationalehre einen schlechten Dienst erweisen, wenn man annimmt, daß **die Mißhandlung und Erniedrigung, die die Preußen durch einen fremden Gewalthaber erlitten, nicht hinreichend gewesen seien, ihr Blut in Wallung zu bringen** und durch den Haß gegen die Fremdlinge alle anderen Gefühle übertäubt werden zu lassen.

15. 6. 1847. Ich möchte aber den Herren, die so gern ihre Ideale jenseits der Vogesen suchen, eins zur Richtschnur empfehlen, was den Engländer und Franzosen auszeichnet: **das ist das stolze Gefühl der Nationalehre, welches sich nicht so leicht und so häufig dazu hergibt, nachahmungswerte und bewunderte Vorbilder im Auslande zu suchen, wie es hier bei uns geschieht!**

3. 12. 1850. Warum führen unsere großen Staaten heutzutage Krieg? **Die einzig gesunde Grundlage eines großen Staates,** und dadurch unterscheidet er sich wesentlich von einem kleinen Staate, **ist der staatliche Egoismus und nicht die Romantik,** und es ist eines großen Staates nicht würdig, für eine Sache zu streiten, die nicht seinem eigenen Interesse angehört.

27. 1. 1863. **Das preußische Königstum hat seine Mission noch nicht erfüllt,** es ist noch nicht reif dazu, einen rein ornamentalen Schmuck ihres Verfassungsgebäudes zu bilden, noch nicht reif, als ein toter Maschinenteil dem Mechanismus des parlamentarischen Regiments eingefügt zu werden.

1. 9. 1866. Ein Friedensschluß würde auch in den gegenwärtigen Verhältnissen schwerlich jemals zustande kommen, wenn man verlangte, daß ihm von einem von beiden Teilen vorhergehen sollte das Bekenntnis: **„Ich sehe es jetzt ein, ich habe unrecht gehandelt."** . . . .

Wenn man oft gesagt hat: „Was das Schwert gewonnen hat, hat die Feder verdorben", so habe ich das volle Vertrauen, daß wir nicht hören werden: was Schwert und Feder gewonnen haben, ist von dieser Tribüne vernichtet worden!

11. 3. 1867. Sie müssen doch die Regierung nicht in Verdacht haben und keine der zweiundzwanzig Bundesregierungen, daß sie sich von der historischen konstitutionellen Entwicklung Deutschlands losfagen wolle, daß sie nun dieses Parlament etwa benutzen wolle, um den Parlamentarismus im Kampf der Parlamente gegeneinander aufzureiben. Was hätten wir denn davon? **Ist denn eine Regierung auf die Dauer denkbar, namentlich eine solche, die sich zur Aufgabe gestellt hat, eine Einheit** in Feuer oder gar in kaltem Metall, wenn das Feuer erkaltet sein wird, **zu schmieden, eine Einigung, die nicht überall in Europa mit Wohlwollen gesehen wird,** daß **diese Regierung es sich gewissermaßen zur systematischen Aufgabe stellt, die Rechte der Bevölkerung auf die Teilnahme an ihren eigenen Geschäften zu unterdrücken,** abzuschaffen, auf ein wildes Reaktionswesen sich einzulassen, sich in Kämpfen mit der eigenen Bevölkerung aufzuhalten — meine Herren, das können Sie von einer Dynastie, wie sie über Preußen regiert, das können Sie von keiner der Dynastien, die augenblicklich in Deutschland regieren, erwarten, daß sie an ein nationales Werk mit dieser Heuchelei — ich kann es nicht anders nennen — herangeht.

Wir wollen den Grad von Freiheitsentwicklung, der mit der Sicherheit des Ganzen nur irgend verträglich ist.

16. 4. 1869. Ich glaube, man soll sich in den germanischen Staaten nicht fragen, wenn man es der Bevölkerung recht machen will: was kann gemeinsam sein? wie weit kann der große Mund des Gemeinwesens hineinbeißen in den Apfel? — sondern man muß sich fragen: **was muß absolut gemeinsam sein?** und dasjenige, was nicht gemeinsam zu sein braucht, das soll man der speziellen Entwicklung überlassen. **Damit dient man der Freiheit, damit dient man der Wohlfahrt.** . . . .

Wir können die Geschichte der Vergangenheit weder ignorieren, noch können wir, meine Herrn, die Zukunft machen. Und das ist ein Mißverständnis, vor dem ich auch hier warnen möchte, daß wir uns nicht einbilden, wir können den Lauf der Zeit dadurch beschleunigen, daß wir unsere Uhren vorstellen. Mein Einfluß auf die Ereignisse, die mich getragen haben, wird zwar wesentlich überschätzt, aber doch wird mir gewiß keiner zumuten, Geschichte zu machen.

1. 3. 1870. **Diese Furcht vor der Verantwortlichkeit ist eine Krankheit, die unsere ganze Zeit durchsetzt,** es ist eine Krankheit, die bis in die höchsten Spitzen der menschlichen Hierarchie hinaufreicht: selbst dem Souverän ist die Verantwortlichkeit im höchsten Grade beschwerlich und empfindlich, die er mit der Handhabung des Richtschwertes übernimmt.

19. 7. 1870. **Hat Deutschland derartige Vergewaltigungen seines Rechts und seiner Ehre in früheren Jahrhunderten schweigend ertragen, so ertrug es sie nur, weil es in seiner Zerrissenheit nicht wußte, wie stark es war.**

9. 7. 1879. **Ich habe von Anfang meiner Carriere an nur den einzigen Leitstern gehabt: durch welche Mittel und durch welche Wege kann ich Deutschland zu einer Einigung bringen.**

Autorität.

Die amtliche Darstellung der unliebsamen Vorgänge an der Staatl. Bildungsanstalt Groß-Lichterfelde lassen das, was bisher hierüber verlautete, in einem ganz anderen Lichte erscheinen. Ein Entscheid des Provinzialschulkollegiums wird von einer ganzen Oberinspektion mit völliger Auflehnung beantwortet: ein Schriftstück wird entworfen, vorgelesen, gebilligt und unterzeichnet, das inhaltlich jeder Berechtigung entbehrt und im Ton mehr als unangemessen ist; die gesamte Oberinspektion demonstriert beim Essen gegen eine Hausdame, die völlig unbegründet im Verdacht steht, das Provinzialschulkollegium heimlich unterrichtet zu haben, und **lehnt sich gegen die Ordnung des Hauses, der Schule und das Provinzialschulkollegium in einer Weise auf, die die schärfste Mißbilligung aller derer gefunden hat, die den Verlauf mit erlebt haben. Mit anderen Worten: Verhöhnung jeglicher Autorität!** Wir haben das, was über die wüsten Auf-

tritte im Speisesaal gemeldet wurde, nur mit tiefstem Bedauern gelesen. Ein paar Führer rassen ein paar Dutzend Gleichaltriger und Jüngerer zusammen und glauben so eine Entscheidung erzwingen zu können, die einen Beschluß des Provinzialschulkollegiums aufheben soll.

Die Untersuchung legt den Tatbestand klar, aber die Hauptschuldigen melden sich nicht, die ganze Oberinspektion deckt auch die, die Worte gegen eine Hausdame schleuderten, die nicht wiederzugeben sind. Sie erklärt sich solidarisch. Sie glaubt „ritterlich" zu handeln und schädigt schwer die Mütter und Väter, die naturgemäß am härtesten von der Strafe betroffen werden.

Eine Solidaritätserklärung, die Ausbrüche von Gefühlsroheit deckt, ist nicht ritterlich; sie kann nur so zur Not verstanden werden, daß ihre Träger glaubten, durch die große Anzahl der zu bestrafenden Schüler die Behörde zu zwingen, vor ihnen zu kapitulieren.

Das bedeutet Auflösung der Autorität. Ein Minister, der auf Autorität, Zucht und Sitte hält, kann derartiges nicht dulden. Die Führer — in diesem Fall die ältesten — werden entlassen, die jüngeren ernst verwarnt. Hier mußte ein Schritt gemacht werden. Hätten die wahrhaft Schuldigen den Mut der Ehrlichkeit und des Bekenntnisses gehabt, so ständen heute vielleicht nur 5 oder 6 Primaner außerhalb der Mauern der Anstalt; daß weniger Schuldige mit hineingerissen wurden, ist bedauerlich; es mag aber getragen werden schon um des Gedankens der Autorität willen. Niemand beklagt mehr das Schwinden der Autorität als die Kreise, die heute noch in alten Gedanken und Vorstellungen leben. **Dann sollten sie aber gerade daran arbeiten, daß die Jugend wieder gehorchen lernt.** Die Einrichtungen der Selbstverwaltung der Schüler sind derart, daß sie Wege genug finden könnten, um Klagen — gleichgültig, ob berechtigte oder unberechtigte — an zuständiger Stelle vorzubringen. Wer zur Eigenhilfe mit Trotz, Gewalt und Auflehnung greift, stellt sich außerhalb der Gesetze der Schule.

Leider wird der beklagenswerte Vorfall sofort von links und rechts **parteipolitisch ausgeschlachtet**, statt sachlich zu urteilen. „Deutsche Tageszeitung", „Deutsche Zeitung", „Tägl. Rundschau" u. a. suchen nicht nur die Vorgänge in Lichterfelde als recht harmlos hinzustellen, was bekanntlich leider nicht der Fall ist, sondern sie nehmen die Maßregelung der Schuldigen als Anlaß, heftige persönliche Vorwürfe gegen Minister Dr. Boelitz und sogar gegen die Deutsche Volkspartei zu richten. Höhnisch wird beiden vorgehalten, das sei die Folge davon, daß man sich mit den Sozialdemokraten in eine Koalition eingelassen habe. Um zunächst eine persönliche Anrempelei des Ministers zu erledigen, von dem behauptet wird, er sei durch eine „eilige Dienstreise" der Aussprache aus dem Wege gegangen, sei bemerkt, daß eine so törichte Annahme in sich selbst zusammenfällt. Wer Minister Dr. Boelitz persönlich kennt, der weiß, daß er der letzte ist, der einer öffentlichen oder privaten Auseinandersetzung über wichtige Fragen aus dem Wege geht.

Was die Stellung eines Ministers der Deutschen Volkspartei in der Koalitionsregierung anbetrifft, sei darauf hingewiesen, daß ein Minister in erster Linie das Wohl des Ganzen im Auge haben muß und daß der Vertreter einer bürgerlichen Partei gerade anderen, die vielleicht das Parteiinteresse voranzustellen geneigt sind, mit gutem Beispiel vorangehen soll, um gegebenenfalls dem einseitigen Betonen des Parteiinteresses entgegentreten zu können. Wenn der Minister seine Fraktion hinter sich hat, kann er unerschrocken das tun, was er für recht hält; im vorliegenden Fall hat die Landtagsfraktion die Stellungnahme des Ministers vollauf gebilligt. Das allein hätte andere bürgerliche Kreise und deren Presse veranlassen sollen, Zurückhaltung zu üben und sich zu fragen, daß doch sehr triftige Gründe für das Vorgehen gegen die Lichterfelder Zöglinge vorgelegen haben müssen, statt auf Grund ganz einseitiger Darstellungen sofort blindwütig dreinzuschlagen und sogar mit perlichen Beschimpfungen eines bürgerlichen Ministers vorzugehen, der sich nach seinem Amt wahrhaftig nicht gedrängt hat, sondern durch die Übernahme desselben ein großes persönliches Opfer im Interesse aller bürgerlichen Elemente gebracht hat. Es will uns scheinen, daß nicht nur die Lichterfelder Zöglinge, sondern auch andere Leute ausgiebigeren Unterrichts in politischer Anstandslehre dringend bedürfen.

Noch ein letzter Punkt sei erwähnt. Es wird geltend gemacht, daß durch die Maßregelung weniger die jungen Leute selbst, als deren Eltern betroffen würden. Das trifft in gewissem Sinne zu. Aber wenn man es so weit gelten lassen wollte, wie es offenbar gedacht ist, dann müßten überhaupt alle Maßregelungen, auch in schwersten Fällen, unterbleiben, durch die die Eltern in Mitleidenschaft gezogen werden. Entlassungen aus Anstalten sind immer vorgekommen und werden immer vorkommen. Auch im alten Kadettenkorps wurde so mancher, der sich nicht einzuordnen vermochte oder sonst nicht hineinpaßte, „geschaßt", wie wir Kadetten es damals zu nennen pflegten. Gerade ehemalige Kadetten, die sich gern der Zeit erinnern, da sie dem Korps angehörten, werden mit Schmerz und Bedauern erfahren haben, was für eine Verwilderung der Sitten in Lichterfelde eingerissen ist. Wenn da der Minister fest zufaßt, verdient er Dank, zum mindesten sachliche und ruhige Beurteilung, statt persönlicher Anwürfe. G. Th.

Vom Kapitalismus.

Ein Mehrheitssozialist hat in einer Stadtverordnetensitzung in Witten gesagt, die Helden, die während des Krieges gefallen sind, wären für das Kapital bezw. für den kapitalistischen Staat gefallen, die sog. Märzgefallenen aber seien für die Erhaltung der Republik gestorben. Auch in anderen Gemeindevertretungen sind diese Worte gefallen.

Der Herr stellt da zwei Begriffe gegenüber, die z. T. nebeneinanderstehen. Wie prächtig Republik und Kapitalismus zusammenstehen können, sieht man nicht nur in Frankreich, Amerika, sondern auch an unserer jungen Republik. Wie wenig aber die Republik ohne Kapitalismus fertig wird, sehen wir in Rußland, wo man, wie Churchill sagt, bis jetzt von den Resten aus alter Zeit gezehrt hat. Jetzt seien die Vorräte verzehrt und verbraucht und die schreckliche Hungersnot lege Zeugnis davon ab, wohin die Fahrt gehe, wenn man ohne Kapitalismus fertig zu werden glaube. Nach demselben englischen Staatsmann würde uns ein Bolschewismus (also eine Staatseinrichtung, die rein vom Kapitalismus ist) in England schon nach drei Monaten zeigen, daß ein solches Regiment unmöglich ist.

Wenn es wahr wäre, daß unsere Soldaten für den kapitalistischen Staat gekämpft hätten, dann müßten die andern Staaten doch auch gegen ihn gefochten haben. Der Kapitalismus hätte also bei unsern Feinden längst aufgegeben sein müssen, und nach unserer Niederwerfung müßte ein solcher kapitalistischer Staat nach dem Willen unserer Feinde mit Stumpf und Stiel ausgerottet sein. Wir sehen aber den Kapitalismus hüben wie drüben in schönster Blüte. Und eben dieser Kapitalismus ist es, der bereit ist, seinen Kredit im Auslande, das, was für den Kaufmann und Industriellen das Wichtigste und Beste ist, das er besitzt, herzugeben, um das Vaterland vor dem Zusammenbruch zu retten. Das ist der vielgeschmähte Kapitalismus!

Was hat er nur vor dem Kriege Schlimmes getan, daß die Herren von drüben so giftig gegen ihn sind? Er hat Deutschlands Industrie und Handel zu höchster Blüte gebracht. Er hat Tausenden und Millionen von unsern Landsleuten Beschäftigungsmöglichkeit gegeben, so daß sie nicht auszuwandern brauchten. Wie war doch mit der Bevölkerungszunahme in der letzten Hälfte des vorigen Jahrhunderts die Auswandererziffer gestiegen. Tausende von Deutschen mußten ihre Heimat verlassen, um Erwerbsmöglichkeiten zu suchen. Erst der Kapitalismus hat diesen Auswandererstrom verstopft, hat uns die Möglichkeit gegeben, in der Heimat zu bleiben. Der Kapitalismus hat uns hochgebracht, hat uns eine achtunggebietende Stellung in der Welt gegeben. „Nicht aus Willkür ist Deutschland in den letzten 1½ Menschenaltern ein industrielles Land geworden, sondern unter dem Drang seiner wachsenden Bevölkerung, für die Ernährungsmöglichkeiten geschaffen werden mußten." (Rathenau in München)

Diese zwangsläufige Entwickelung trug uns den Neid unseres großen Konkurrenten, des rechnenden Englands, ein, das in kühlem Gedankenschluß zu dem Plan unserer Vernichtung kam. Dazu kam der Haß Frankreichs, der seit Jahrzehnten aufgepeitscht und systematisch gezüchtet worden ist, wie ein Blick in die Schulbücher lehrt. Daher die Einkreisung Deutschlands, daher der Vernichtungswille unserer Feinde!

Um unser Vaterland mit seiner Industrie, mit seinem Handel, mit seinen Arbeitsmöglichkeiten zu schützen, um die Heimat, Haus und Hof und Arbeitsstätte vor Zerstörung durch haßerfüllte Feinde zu bewahren, deshalb zogen unsere Truppen aus. Daß der Kapitalismus uns in den Krieg gejagt oder gar Deutschland allein Schuld am Kriege haben sollte, das glaubt heute kein vernünftiger Deutscher und mancher unserer Feinde mehr! Sogar Kautzky und Lloyd George haben die Wahrheit bekennen müssen, sie wird sich auch weiter Bahn brechen. Selbst in Frankreich beginnt es zu dämmern. In neuester Zeit wirft Renauld dem Monsieur Poincaré vor, daß er aktiv und passiv am Ausbruch des Weltkrieges beteiligt gewesen sei.

Es bliebe noch zu untersuchen, ob man unter dem kapitalistischen Staat die monarchische Staatsform verstanden haben will, die ja aber nichts miteinander zu tun haben, da das eine eine Wirtschafts-, das andere eine Staatsform ist. Wie hätte man das demokratisch regierte Deutschland noch so lange plagen und es mit einer Last belegen können, unter der es unfehlbar zusammenbrechen muß. Es ist und bleibt so: die Feinde wollten unsere Niederlage wegen unserer Machtstellung in der Welt und wegen unserer Stärke auf dem Weltmarkte. Ob wir ein monarchisch oder republikanisch regierter Staat waren, darauf kam es den Feinden nicht an. Weil das so war, und weil wir alle es schließlich der Sozialdemokratie das wußten oder fühlten, deshalb zog das deutsche Volk wie ein Mann begeisterungsvoll ins Feld. Sollte es je noch einmal zum Kriege kommen und der Fall genau so liegen, aber wie heute ein Präsident an der Spitze des Reiches stehen, dann wird das Volk sich genau so verhalten wie 1914, Mann für Mann, Anhänger der Republik wie der Monarchie; hieße es doch, gemeinsame, allgemeine Interessen vertreten und alle Sonderbestrebungen zurückstellen. Da wären wir nicht Monarchisten, Republikaner, nicht Kapitalisten noch Angestellte, Beamte, Arbeiter, sondern wir wären Deutsche, die ihr Vaterland verteidigten!

Bankrott oder nicht?

Von unserem parlamentarischen Mitarbeiter.

Die Reparationskommission greift mit harter, unnachsichtlicher Hand in unsere innerpolitischen Verhältnisse ein. Sie erteilt einen gemessenen Befehl. Die von der Regierung in dem Mantelgesetz vereinigten Steuern müssen vor dem Ablauf des März vom Reichstag verabschiedet sein. Aber diese Leistung genügt der Reparationskommission bei weitem nicht. Sie verlangt einen weiteren Steuerertrag von mindestens 60 Milliarden Papiermark, von denen bis zum Ende des Jahres 40 Milliarden eingegangen sein müssen. Und dieses zweites Steuerbündel muß vor dem 31. Mai dieses Jahres fertig vom Reichstag ver-

packt und geschnürt sein. Besonders verdient vermerkt zu werden, daß die Reparationskommission von den neuen deutschen Steuern die Fähigkeit automatischer Anpassung an den Goldwert verlangt. Mit anderen Worten: Die Steuern sollen so ausgestaltet sein, daß sie in demselben Augenblick höhere Papiermarkbeträge erbringen, in dem die deutsche Währung einen neuen Rückgang erleidet. Im Auswärtigen Amt gibt man sich der vollkommen trügerischen Hoffnung hin, daß über alle diese Forderungen der Weg der Verhandlungen offen gelassen werde. Davon ist in der Note in keiner Weise die Rede. Die Reparationskommission stellt der Regierung lediglich in Aussicht, daß sie über die Ausführung der steuerlichen Maßnahmen in Verhandlungen einzutreten gedenke. An den Bedingungen selbst ist in keiner Weise zu rütteln. Ebensowenig an dem Kontrollrecht, das sich die Entente jetzt anmaßt. Die Reparationskommission wird sich durch den Garantieausschuß, der in Berlin seinen Sitz hat, über die Ausführung der Steuergesetzgebung und über die Ausgabeposten des deutschen Reichshaushaltes auf dem laufenden halten lassen. Sie wird ferner die Ausführung anderer Maßnahmen überwachen, die sie der deutschen Finanzwirtschaft vorschreibt. Diese Rechnung wird der deutschen Regierung in der Tonart überreicht, mit der man sonst Befehle erteilt. Die Reparationskommission verlangt eine sofortige Mitteilung der Entscheidung, die die deutsche Regierung auf Grund der ihr überreichten Note getroffen hat.

Es hat gar keinen Sinn, die Tragweite und die Bedeutung dieser Note irgendwie zu verschleiern. Tatsächlich wird die deutsche Finanzwirtschaft der Kuratel der Entente unterstellt, wenn die Vorschriften der Ententekommission angenommen und befolgt werden. Es bleibt dann auch nicht ein Rest deutscher Selbständigkeit auf dem Gebiete der Steuergesetzgebung und der Finanzwirtschaft mehr übrig. Diese Tatsache verdient nachdrücklichst hervorgehoben zu werden, damit von dem Bühnenzauber der Wirth'schen Erfüllungspolitik auch der letzte Schleier zu Boden fällt. Nach der Konferenz von Cannes war man im Regierungslager von stolzen und frohen Hoffnungen getragen. Man sah bereits nach tiefer Winternacht die ersten Spuren des nahenden Frühlings. Deutschland hatte als Gleichberechtigter in Cannes auftreten dürfen und Herr Dr. Rathenau hatte die Rede gehalten, für die ihm von Lloyd George der Dank ausgesprochen worden war. Man glaubte, jetzt sei der Weg ins Freie gefunden. Die bisherige Erfüllungspolitik hatte angeblich der Befreiung die Bahn gebrochen. Durch das Stundungsgesuch glaubten Dr. Wirth und Dr. Rathenau erreicht zu haben, daß nunmehr ihrer „loyalen Erfüllungspolitik" ein sicherer Lohn winke: Erwachende Vernunft und Einsicht auf der Gegenseite. Das alles zertrümmert die Note der Reparationskommission mit einem harten Faustschlag. Nicht in das Freie soll der Weg führen, sondern in die Ketten tiefster Schuldknechtschaft. Nicht von Gleichberechtigung ist hier die Rede, sondern von absoluter Unterordnung unter den Befehl der Entente. Ist das nun der Bankrott der Erfüllungspolitik oder nicht? Das deutsche Volk wird sich über die Antwort auf diese Frage jetzt nicht mehr im unklaren sein. Denn von der Vernunft und Einsicht auf der Gegenseite ist nun auch die letzte Spur getilgt. Kein Pfennig wird von der Schuldsumme gestrichen die Herr Dr. Wirth am 10 Mai v. Js. mit Annahme des Ultimatums dem deutschen Volke aufgebürdet hat. Die Großmut der Entente reicht nur so weit, daß uns ein Teil der Barzahlung für das laufende Jahr gestundet sein soll. Gestundet, aber nicht geschenkt! Denn um die gestundete Summe sicherzustellen, soll das deutsche Volk durch Steuern jetzt auch noch das letzte Mark seiner wirtschaftlichen Kraft für die Entente opfern. Und der Ententé-Wächter wird uns auf dem Nacken sitzen, um darauf zu achten, daß auch der letzte Pfennig eingetrieben wird. Was ist aus der Entwicklung geworden, die angeblich auf eine Milderung der Zahlungsbedingungen, auf einen Erlaß der Schuldsumme hinauslief? Die Entwickelungsanfänge waren wohl zu sehen, aber alle Keime werden von der Reparationskommission in rücksichtsloser Weise zerstampft. Daß der Deutsche alles zahlen muß, bleibt nach wie vor heiliger Grundsatz der Entente. Ist damit die Erfüllungspolitik Dr. Wirths bankrott oder nicht?

Auf diese Frage wird sich eine Antwort jetzt nicht mehr umgehen lassen. Das deutsche Volk ist wahrlich lange genug mit Illusionen von den Organen und der Presse des Kabinetts Dr. Wirth—Dr. Rathenau genährt worden. So hat man noch bis in die letzte Zeit von Genua als von einer neuen Etappe des Aufschwunges unserer Politik gesprochen. Selbst Herr Dr. Wirth hat es nicht unterlassen können, die Konferenz von Genua der Öffentlichkeit in trügerischem Hoffnungsschimmer darzustellen. Freilich hat sich diese Illusionspolitik nicht lange aufrecht erhalten lassen, da auch dem blödesten Auge allmählich klar werden mußte, wie wenig wir uns von Genua überhaupt zu versprechen haben. Trotzdem ist auch in den letzten Tagen noch in einer gewissen pompösen Weise von dem Programm und von der Vertretung gesprochen worden, die wir in Genua präsentieren wollen. Die Note der Reparationskommission läßt uns aber jetzt wirklich keine andere Wahl mehr, als der vollen Wirklichkeit in das Auge zu sehen. Und diese Wahrheit ist, daß die Erfüllungspolitik nicht von Etappe zu Etappe zur Besserung führt, sondern daß sie uns immer tiefer in Sklaverei und Fronarbeit verstrickt. Mit Worten kann man das alles jetzt nicht mehr abstreiten. Es ist der Augenblick gekommen, in dem das Kabinett Dr. Wirth Rechenschaft ablegen muß und zwar in erster Linie vor dem deutschen Volke, nicht vor der Reparationskommission.

„Echte" Arbeiterfreunde.

In den beiden Sitzungen des 11. Ausschusses des Reichstags am letzten Dienstag wurde zunächst das Versicherungssteuer-Gesetz in zweiter Lesung ohne wesentliche Änderungen genehmigt. Aus der dann folgenden zweiten Lesung des Kapital-Verkehrssteuergesetzes ist das Folgende bemerkenswert:

Es wurde zunächst der ganze Abschnitt über die Gewerbe-Anschaffungssteuer gestrichen. Diese Streichung war von uns auch bereits in erster Lesung beantragt, aber damals abgelehnt worden. Heute hatte eigentlich auch die Regierung keine wesentlichen Bedenken dagegen. Sie wies, unterstützt von dem Abgeordneten Dr. Becker (Hessen), darauf hin, daß die Streichung doch auch den Ländern und Gemeinden eine Einnahmequelle offen läßt, die diese sehr wohl brauchen könnten. Sodann wurde der Bestimmung, die die Gewährung von Darlehen an Gesellschaften zum Beginn oder zur Fortführung des Betriebes in gleicher Weise gesellschaftssteuerpflichtig macht, wie die Beteiligung am Unternehmen selbst, eine Fassung gegeben, die klarstellt, daß diese Vorschrift sich nur auf die Fälle bezieht, in denen es sich tatsächlich um eine sachliche Beteiligung handelt. Die Herabsetzung des Steuersatzes für kleine Gesellschaften mit beschränkter Haftung (Kapital bis zu 100 000 Mark), wie in erster Lesung vorgeschlagen, wurde aufrecht erhalten. Zu einer interessanten Erörterung kam es schließlich bei Beratung eines von den Abgeordneten Dr. Rießer—Fischer gestellten Antrages auf schonende Behandlung der sogenannten Arbeiter-Aktien. Die Regierung hatte grundsätzlich gegen diese Schonung nichts einzuwenden, sondern erhob nur technische Bedenken gegen die Form des Antrages, um so schärfer aber wehrten sich die „berufenen" Vertreter der Arbeiter-Interessen. Der Abgeordnete Kahrmann (Soz.) ließ die Katze aus dem Sack, indem er in zynischer Offenheit erklärte, seine Freunde seien gegen Arbeiter-Aktien überhaupt, deshalb läge ihnen auch nichts daran, die Inhaber solcher Aktien durch schonende Steuerbehandlung zu begünstigen. Ob diese Offenheit seinen vorsichtigeren Freunden wohl sehr willkommen war? Der Abgeordnete Dr. Becker nagelte diesen Beweis der wahren Arbeiterfreundlichkeit der Sozialdemokratie gebührend fest. Schließlich wurde anstelle des erwähnten Antrages auf gesetzliche Schonung eine von dem genannten Abgeordneten beantragte Resolution angenommen, die die Reichsregierung ersucht, solange eine gesetzliche Schonung nicht bestehe, unter Anwendung der Vorschriften der Reichsabgabenordnung (§ 108) die Ausgabe von Aktien zugunsten von Arbeitern und Angestellten des Betriebes im Wege des Billigkeits-Erlasses, soweit wie möglich, zu fördern.

Immer neue Warnungen!

Wenn die Franzosen nicht vollständig verrannt und verblendet wären, müßten die zahlreichen Warnungen, die in immer neuer Folge aus Amerika an ihre Adresse ergehen, endlich einmal wirken. In den letzten Tagen haben sie gleich eine dreifache Mahnung zur Vernunft erhalten. Der Kongreß hat eine Entschließung angenommen, in der ausdrücklich bestimmt wird, daß deutsche Schuldverschreibungen an Stelle der Zahlungen der Verbündeten nicht angenommen werden dürfen. Das ist eine schnelle und schroffe Absage an den französischen Vorschlag, die amerikanischen Ansprüche durch die Überlassung von deutschen Schuldverschreibungen zu befriedigen, deren Einlösung selbst nach Auffassung französischer Finanzleute als außerhalb des Bereichs der Möglichkeit betrachtet wird. Das Verlangen der Amerikaner, ihren Anteil an den deutschen Zahlungen für den Unterhalt der Besatzungsheere zu erhalten, hatte bekanntlich die Finanzminister der Entente, die gerade so schön mit der Verteilung der Beute fertig waren, in große Bestürzung versetzt, und so kam ihnen der französische Gedanke als Verlegenheitshilfe gerade recht. Ganz so dumm, wie sie gedacht haben, sind aber die Amerikaner denn doch nicht, denn gerade bei diesen hört in Finanzangelegenheiten die Gemütlichkeit auf. Deutlicher als es der Kongreß in der oben erwähnten Entschließung getan hat, konnte die amerikanische Antwort nicht ausfallen.

Um deren Bedeutung noch zu unterstreichen, hat einer der bekanntesten amerikanischen Journalisten, der dem Weißen Haus besonders nahesteht, Frank H. Simonds in der Pariser Ausgabe des New-York Herald einen Kommentar dazu geliefert. Was den Franzosen schon so oft nahegelegt worden ist, wiederholt auch er mit großem Nachdruck. Mindestens seit der Konferenz von Washington erblickt die überwiegende Mehrheit des amerikanischen Volkes in der Politik Frankreichs den Ausdruck des tollgewordenen Militarismus und Imperialismus. Mit den Riesenausgaben für ein Heer, das in solcher Stärke unter den gegenwärtigen Umständen, bei voller Entwaffnung und Wehrlosigkeit Deutschlands, einem jeden vernünftigen Menschen nicht nur als überflüssig, sondern als sinnlos erscheinen muß, könnten binnen kurzem alle Schäden wieder gutgemacht werden, die der Krieg in Nordfrankreich angerichtet hat. Wenn Frankreich, das von niemand-

dem bedroht ist, seine Wehrmacht so weit herabsetzt, daß sie immer noch dem gefürchteten Deutschland stark überlegen bleibt, wenn für uns die Unterhaltungspflicht für die ebenso unsinnigen Besatzungsheere im Rheinland fortfällt, wenn wir nicht Tausende und aber Tausende von Beamten und Offizieren der Rheinlandkommission, der Kontrollkommissionen und ähnlicher Schmarotzer mit ungezählten Millionen zu mästen brauchen, dann würde nicht nur der materielle Wiederaufbau Nordfrankreichs, sondern der wirtschaftliche Wiederaufbau ganz Mitteleuropas binnen kürzester Zeit bewerkstelligt werden.

Solange aber die Franzosen unentwegt ihr Ziel weiter verfolgen, Deutschland auszusaugen, zu zerstückeln und nicht wieder in die Höhe kommen zu lassen, solange sie sich dem Traum hingeben, im Kampf um die Weltherrschaft erst England und nach dessen Überwältigung Amerika die Spitze zu bieten, solange sie also napoleonische Gedanken noch ins Ungemessene übertrumpfen, solange leidet die Welt an dieser unheilbaren schleichenden französischen Krankheit. Das hat ihnen auch der bekannte amerikanische Finanzmagnat Vanderlip, der sich ebenfalls zurzeit in Paris befindet, deutlich zu machen versucht. Allerdings ist Vanderlip in seinen Darlegungen etwas einseitig zu Werke gegangen. Er hat den Franzosen sehr zutreffender Weise gesagt, daß Amerika auf den europäischen Handel keineswegs angewiesen sei, denn dieser habe nur fünf Prozent in der Außenhandelsstatistik Amerikas ausgemacht. Er wollte damit den Franzosen die Überzeugung beibringen, daß sie sich täuschten, wenn sie glaubten, durch Schädigung des amerikanischen Handels die Leute jenseits des Ozeans in nachgiebigere Stimmung zu versetzen. Psychologisch hat er damit recht. Nur hat Herr Vanderlip vergessen, daß eben doch der sehr geringe Anteil Europas an der amerikanischen Handelsstatistik eine große Schädigung der amerikanischen Handelswelt darstellt, da auf der einen Seite auch drüben Löhne und Preise dauernd steigen, während amerikanische Rohstoffe ihr Hauptabsatzgebiet in Mitteleuropa wegen des Verschwindens der Kaufkraft verloren haben. Dadurch wird allerdings der amerikanische Handel schwer betroffen. Aber auch Vanderlip hat als Dritter im Bunde innerhalb 24 Stunden den französischen Politikern eine ernste Mahnung zur Einkehr zuteil werden lassen. Leider sind diese nicht in einer Geistesverfassung, die erwarten läßt, daß die Mahnungen und Warnungen auf fruchtbaren Boden fallen.

Immer neue Schandstreiche!

Die Interalliierte Grenzfestsetzungskommission für die Weichselgrenze hat mit allen gegen die deutsche Stimme beschlossen, auch das letzte Stück, durch das Ostpreußen unmittelbar an die Weichsel heranreichte, den Polen zuzusprechen. Die Grenze wird zwischen Deich und Fluß gelegt. Im Artikel 97 des Friedensvertrages von Versailles steht: „Die alliierten und assoziierten Hauptmächte werden gleichzeitig Bestimmungen treffen, die der Bevölkerung Ostpreußens den Zugang zur Weichsel und deren Benutzung für sich, ihre Waren und Schiffe unter billigen Bedingungen und in ihrem Interesse sichern." Der Beschluß der Grenzkommission ist somit eine neue klare, nicht abzuleugnende Verletzung des Friedensvertrages von Versailles. Das ist nicht die erste und wird nicht die letzte völkerrechtswidrige Handlung der Entente sein. Von Rechts wegen ist damit auch für uns der ganze Friedensvertrag an sich gegenstandslos und hinfällig geworden. Es fehlt uns die Macht, dieser Auffassung materiell Nachdruck zu geben. Um so mehr ist es die Pflicht der deutschen Regierung, mit moralischen Mitteln zu arbeiten und der ganzen Welt vor Augen zu führen, wie die Mächte der Entente dem von ihnen selbst geschaffenen Recht ins Gesicht schlagen. Das kann gar nicht scharf und kräftig genug betont und immer zur Geltung gebracht werden. Wir fürchten nur, daß die Herren Wirth und Rathenau nicht Kraft genug aufbringen werden, um dieser Pflicht so nachhaltig zu genügen, wie es der Fall sein sollte. Es wäre besonders wirkungsvoll, wenn der Konferenz von Genua, die dem Wiederaufbau Mitteleuropas gewidmet sein soll, eine entsprechende energische Protestnote und Rechtsverwahrung der deutschen Regierung übergeben würde. Wenn der Deutsche Reichstag besser auf dem Posten wäre, so könnte er einen solchen Schritt der Regierung erzwingen. Leider haben wir auch hierauf wenig Hoffnung.

Unmöglich.

Wir haben bereits an dieser Stelle der Auffassung Ausdruck gegeben, daß sich keine deutsche Regierung finden würde, die bereit wäre, die nunmehr völlig zusammengebrochene Erfüllungspolitik noch weiter fortzusetzen und sogar auf die neuen Forderungen der Entente auszudehnen. Es scheint ja auch bei allen Parteien mit Einschluß der Mehrheitssozialisten die allgemeine Überzeugung vorzuherrschen, daß diesmal ein Nachgeben unter feindlichem Druck wie beim Londoner Ultimatum nicht mehr angängig sei. In der Tat, das deutsche Volk und die deutsche Regierung haben „bis zur Grenze der Leistungsfähigkeit" und darüber hinaus bisher in einer Weise „erfüllt", daß wir mit oder ohne neue Forderungen am Ende der Leistungsmöglichkeit angelangt sind. Es macht an sich gar keinen Unterschied, ob man von uns im Jahre 3½ Milliarden Goldmark in bar oder 750 Millionen Goldmark in bar und 2140 in Sachleistungen verlangt. Die eine Forderung ist ebenso unerfüllbar wie die andere, aus welchem Grunde das uns bewiesene Entgegenkommen der Entente nur ein rein platonisches ist. Es ist ein offenes Geheimnis, daß die Reichsbank schon mit den größen Schwierigkeiten zu kämpfen hatte, um die nächste Dekadenzahlung von 31 Millionen bewerkstelligen zu können. Dieser Schwierigkeit ist sie allerdings für den Augenblick enthoben, denn nach dem neuen Zahlungsplan haben wir erst am 15. April und dann wieder am 15. Mai je 18 Millionen Goldmark zu hinterlegen. Das andauernde sprungweise Sinken der Mark ist ein Zeichen dafür, wie wenig man in Finanzkreisen der anderen Länder an die Möglichkeit glaubt, daß wir imstande sein werden, den Anforderungen zu entsprechen. Es wird sich also mit mathematischer Sicherheit die Prophezeiung von Keynes und anderen Sachverständigen erfüllen, wonach im Mai Deutschland seine völlige Zahlungsunfähigkeit wird erklären müssen.

Nun sollen uns weiter nicht nur neue Steuern von unerhörter Höhe zugemutet werden, sondern es wird gleichzeitig verlangt, daß wir unsere gesamten Steuern in stetem Einklang mit dem Sinken der Mark halten, daß also mit anderen Worten unsere gesamten Steuern nach dem Goldwert gezahlt werden müssen. Das Steuerkompromiß bedeutet eine in der Weltgeschichte unerhörte Belastung eines großen Volkes, das einen vierjährigen verlorenen Krieg, lange Abgeschlossenheit von der ganzen Welt, Erschöpfung der Arbeitskraft, innere Wirren und Zerrüttung des Währungswesens hinter sich, aber noch nicht überwunden hat. Daß dieses Volk noch solche weiteren Lasten auf seine Schultern nehmen könnte, wie die Reparationskommission ihm zumutet, ist eine Unmöglichkeit. Darüber wird man sich wohl auch im Lager der Entente ebenso klar sein, wie es bei uns der Fall ist. Welche Regierung auch immer am Ruder sein und wie auch der Reichskanzler heißen mag, eine deutsche Regierung kann heute, angesichts des Steuerkompromisses und der Zwangsanleihe, nur darauf hinweisen, daß das Deutsche Reich bereit ist, eine Bürde auf sich zu nehmen, die es gerade noch tragen kann — mehr aber nicht!

Rußlands Wandlung.

Es war schon längst kein Geheimnis mehr: Rußland ist dabei, wieder ein kapitalistisches Land zu werden. Wieder einmal hat es sich gezeigt, **daß auf dieser Welt ein Kommunismus nicht möglich ist.** Diese Erkenntnis hat das russische Volk teuer bezahlen müssen, weil es sich der Herrschaft verstiegener Ideologen gebeugt hat. Das Zusammenbrechen aller Kommunistengemeinden früherer Zeiten hätte vor einem neuen Experimente warnen sollen, wenn eben nicht, wie Ranke einmal sagte, **das die einzige Lehre der Geschichte wäre, daß die Menschen nichts aus ihr lernen, und wenn eben nicht die Menschen immer nur durch eigenen, nie aber durch den Schaden anderer klug würden.** Nun, die Russen wollten den Kommunismus durchführen und haben damit Bankerott gemacht.

Die russischen Gewalthaber bewiesen ihre geistige Beweglichkeit, indem sie sich schnell umstellten und dem Kapitalismus eine Konzession nach der andern machten. Anfangs unter dem Schlagwort vom Staatskapitalismus verborgen, eröffnen sie jetzt nach und nach der Privatinitiative alle Wege, sich wirtschaftlich zu betätigen. Der russische Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten hat nunmehr alle die bezüglichen Maßnahmen der russischen Regierung in einer an Poincaré gerichteten Note aufgezählt. Die Freiheit der Arbeit, die Freizügigkeit und die Unverletzlichkeit der Privatkorrespondenz sind durch Dekrete gewährleistet. Die Eigentumsrechte der Ausländer in Rußland werden durch die Sowjet-Gesetzgebung geschützt. Die Vorrechte der Konzessionäre sind garantiert. Enteignungen sollen nur noch bei angemessener Entschädigung, die innerhalb eines Monats zum Marktwert auszuzahlen ist, durchgeführt werden. Weitere Verordnungen garantieren die Freiheit des Privathandels im Innern; der Außenhandel soll zwar Monopol der Regierung bleiben, doch werden Ausnahmen im Wege besonderer Abkommen zugelassen werden. Die Begrenzung des Privatbesitzes an Geld und Geldeswert soll aufgehoben und Besitz und Umlauf von Metall- und Goldmünzen zugelassen werden.

Man wird den Wert dieser bolschewistischen Konzessionen im Augenblick noch nicht überschätzen dürfen. Die Tendenz der Note Tschitscherins ist, sich bei den „bürgerlichen" Staaten in ein gutes Licht zu setzen. Vor allem aber ist es die Note, die doch eine vollkommene Bankerotterklärung der russischen Sowjet-Politik darstellt, einer Besserung des Verhältnisses zwischen Frankreich und Rußland die Wege ebnen. So angesehen erhält dieses Dokument eine gewisse außenpolitische Bedeutung. Man wird es im Zusammenhang mit den anderen Nachrichten zu betrachten haben, wonach durch Vermittlung französischer Kommunisten russische Sowjet-Vertreter sich um eine Unterredung mit Poincaré bemühten. Wie dem aber auch sei: **Die Note Tschitscherins stellt ein nicht mehr wegzuleugnendes, sozusagen amtliches Eingeständnis des völligen Fiaskos des russischen Kommunismus dar und ist auch als solches äußerst wertvoll.**

„Den Finger drauf."

Maifeier und Klassenkampf.

Der „Vorwärts" veröffentlicht in seiner Sonntagsausgabe einen großen, vom Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands unterzeichneten Aufruf zur Maifeier. Darin wird zunächst in Anknüpfung an die über Verdienst aufgebauschte sogenannte Fünfländerkonferenz von Frankfurt in Internationalismus und Völkerversöhnung gemacht — für Deutsche etwas merkwürdig in einem Augenblick, wo gerade aus Paris keine internationalen und versöhnenden, sondern sehr nationale Vergewaltigungstöne zu uns schallen. Es klingt vollends wie Hohn, wenn

in diesem Zusammenhang von allumfassender Menschenliebe als der höheren Stufe des Gemeinschaftsgeistes die Rede ist. Echt deutsch-sozialdemokratisch ist die daraus gezogene Schlußfolgerung, daß wir nämlich nur durch eine Politik der Erfüllung bis zur Grenze des Möglichen den Verständigungsgedanken bei den Völkern emporkeimen lassen können. Eine absolute Unwahrheit aber, gegen die wir schärfste Verwahrung einlegen müssen, ist es, wenn in dem Aufruf erklärt wird, das deutsche Volk habe sich ehrlich und offen zu der Pflicht bekannt, die durch Verschulden des militaristisch-monarchistischen Systems verursachten Kriegsschäden mit seiner Arbeit wieder gutzumachen. Das deutsche Volk hat nie und nimmer eine solche Verpflichtung freiwillig anerkannt und übernommen, die das Eingeständnis einer Schuld bedeuten würde, deren wir uns nicht zu bekennen haben, sondern es ist durch den Schandfriedensvertrag von Versailles dazu gezwungen worden. Es ist geradezu jammervoll, daß immer noch wieder Deutsche in solcher Selbstkasteiung und Selbstdemütigung vor andern Völkern Gefallen finden. Angesichts solcher Auffassung kann es nicht Wunder nehmen, wenn in dem Aufruf wiederum ein frisch-fröhlicher Klassenkampf angekündigt, deutlich sichtbare Opfer des alten und des neuen Besitzes und die Erfassung der Sachwerte gefordert werden. Natürlich hören wir zum Schluß auch wieder die altgewohnten Phrasen vom Kampf gegen das kapitalistische Wirtschaftssystem usw. Zur Ergänzung schließen sich die Gewerkschaftskommissionen von Berlin und Umgegend, der Allgemeine freie Angestelltenbund und das Ortskartell Groß-Berlins dem Aufruf mit der Ankündigung an, daß am 1. Mai die gesamte Arbeit Groß-Berlins, damit also auch Straßenbahnverkehr usw. ruhen soll. Das ist der Geist, in dem die Sozialdemokraten aller Arten ihre Gedanken von Völkerversöhnung und Volksfrieden in die Tat umsetzen!

*

Sozialdemokratische Kompromißtreue.

Bei Beratung der Steuergesetze im Reichstag hat sich dieser Tage ein Vorfall abgespielt, der nicht genügend Beachtung gefunden hat. Es war im Steuerausschuß von den Kompromißparteien, also mit Einschluß der Sozialdemokraten, verabredet worden, bei der Steuerberechnung, insbesondere bei der Erbschaftssteuer, der Geldentwertung Rechnung zu tragen. Im Plenum beantragten die Unabhängigen Streichung der Worte: „insbesondere bei der Erbschaftssteuer" und die Mehrheitssozialisten stimmten eilfertig dafür. Zum Glück gelang es trotzdem, den Angriff abzuwehren. Aber für die Gewissenhaftigkeit, mit der die Mehrheitssozialisten eingegangene Verpflichtungen einhalten, ist der Vorfall kennzeichnend.

Aus der Partei.

Kulturaufgaben und D. V. P.

Bei Beratung des Haushaltes des Reichsministeriums des Innern im Haushaltsausschuß des Reichstages legte Frau Abgeordnete Dr. Matz für die Deutsche Volkspartei eine Entschließung vor, die mit geringer Mehrheit auch angenommen wurde. Darin wird die Reichsregierung ersucht, bei den Ländern darauf hinzuwirken, daß in allen Schulen eine Einführung in den Versailler Friedensvertrag erfolgt. Es soll nicht Verbitterung in die Herzen gesät werden, die deutsche Jugend hat aber ein Recht darauf, zu wissen, woran sie ist. Sie soll mitten in das Leben hineingestellt werden und erkennen, welchen Teil sie an der gemeinsamen Not haben muß. Weiter regte Frau Dr. Matz stärkere Förderung planmäßiger Leibesübungen in allen Schulen und in den Jugendvereinen an. Darin liege das beste Vorbeugungsmittel gegen Tuberkulose und sonstige Erkrankungen, auch gegen

Erneuerung des Beobachter-Abonnements!

Wir machen alle Parteifreunde, soweit sie den Beobachter durch die Post beziehen, d. h. das Abonnementsgeld bei der Post einzahlen, auf die Erneuerung des Beobachter-Abonnements aufmerksam. Gleichzeitig bitten wir auf die Lässigen und Lauen einzuwirken, damit der Beobachter endlich von sämtlichen Parteifreunden gelesen wird. Hier ist noch viel Kleinarbeit zu leisten und wir würden uns freuen, wenn wir da die weiteste Unterstützung aller Kreise fänden.

Wer den Beobachter noch nicht hat, bestelle denselben sofort bei der Post!

eine sittliche Verwahrlosung. Was man hier ausgäbe, bedeute später eine Ersparnis an Krankenhäusern und Besserungsanstalten. Auch die planmäßige Pflege des Wanderns unter Förderung des Jugendherbergswesens sei zu erstreben und die baldige Vorlage der schon längst angekündigten Spielplatzgesetze zu fördern.

Rednerin beschäftigte sich weiter mit dem Kampf gegen die Schmutz- und Schundliteratur und fragte an, wie weit die Vorarbeiten für das bereits in der Nationalversammlung geforderte Gesetz zur Bekämpfung der Schmutz- und Schundliteratur gediehen sei. Wenn man auch nicht durch eine neue Lex Heinze Literatur und Kunst einschnüren will, so sei doch gerade im Hinblick auf die deutsche Jugend ein stärkerer Schutz gegen unzüchtige Darstellungen und Bücher dringend geboten, damit die letzte sittliche Kraft im Volke erhalten bleibt und wenigstens die schlimmsten Auswüchse beschnitten würden. Auf Anregung der Deutschen Volkspartei wurde weiter ine Entschließung angenommen, die eine alsbaldige Einrichtung von Mädchenfortbildungsschulen in den Ländern unter Mitwirkung des Reiches erstrebt. Während in den meisten Orten die Knaben bereits durch das Pflichtfortbildungsschulwesen erfaßt werden, bestehen für die Mädchen bisher nur verhältnismäßig wenige Einrichtungen, so daß im Interesse der Durchbildung auch des weiblichen Geschlechts noch vor dem Inkrafttreten eines Berufsschulgesetzes durch Verhandlungen mit den Ländern diese bedeutsame Frage durch das Reich gefördert werden muß.

*

Deutsche Volkspartei und Landwirtschaft.

In einem besonderen Fall ist bei Beratung des Versicherungssteuergesetzes die Deutsche Volkspartei nachdrücklich für die Siedler und Landarbeiter eingetreten, was hier noch nachträglich hervorgehoben werden soll. Es wurde ein Antrag auf Befreiung von Vieh aus Kleinviehhaltungen von der Versicherungssteuer angenommen, wenn die Versicherungssumme 25 000 Mark nicht übersteigt und die Versicherung bei einem Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit genommen ist. Als Vertreter der Deutschen Volkspartei, die den Antrag, der ursprünglich 50 000 Mark statt 25 000 Mark gesetzt haben wollte, mit unterstützte, sprach Abgeordneter Hepp. In seiner Begründung führte er unter anderem aus, daß, nachdem in erster Lesung der Antrag auf Befreiung von der Versicherungssteuer für die auf Selbsthilfe aufgebauten Versicherungsvereine überhaupt leider gefallen war, nunmehr zum mindesten diese begrenzte Befreiung eintreten sollte. Der Staat selber habe ein Interesse daran, daß auch in der Landwirtschaft sich das auf Selbsthilfe aufgebaute Versicherungswesen ausdehne. In der Befreiung von der Versicherungssteuer läge ein starker Anreiz für Ausbreitung der Viehversicherungen und damit eine nicht zu unterschätzende Gewähr auch für die Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung. Abgeordneter Hepp gedachte insbesondere der Lage der Siedler, deren wohlverstandene Interessen durch den Antrag mit gewahrt sein sollten. Schließlich fand der Antrag mit einer Begrenzung der Summe auf 25 000 Mark Annahme.

*

Eigenhäuser für den Mittelstand.

Daß die Deutsche Volkspartei auf jede mögliche Weise für den Mittelstand zu sorgen sucht, beweist eine Anfrage, die die Abgeordneten Dr. Maretzky, Leutheuser und Runkel an die Reichsregierung gerichtet haben, die bezweckt, durch Schaffung einer Anrechnungsmöglichkeit der Baukosten auf die Steuern die Errichtung von Eigenhäusern für den Mittelstand zu erleichtern. Es wird angeregt, eine Vorlage zu machen, die den Bedürfnissen des Mittelstandes besser gerecht wird, als jetzt § 59 des Einkommensteuergesetzes, wonach Aufwendungen für Neubeschaffung von Kleinwohnungen vom steuerbaren Einkommen abgezogen werden können insofern sie den gemeinen Wert der Bauten übersteigen. Kleinrentner, Beamte und Angestellte sind bei den heutigen Baukosten nicht in der Lage, von dieser Vergünstigung Gebrauch zu machen. Deshalb wäre es wünschenswert, zu bestimmen, daß der Einkommensabzug für eine fortlaufende Reihe von 5 bis 10 Jahren vorgenommen werden darf, oder daß der Abzug der Bauaufwendungen bei Steuerpflichtigen mit geringem Einkommen vom Steuersatz selbst etwa bis zur Höhe der Hälfte der jetzt abzugsfähigen Bauaufwendungen erfolgen kann.

*

Gegen die Vergewaltigung Ostpreußens.

Die willkürliche völkerrechtswidrige Festsetzung der polnischen Grenze durch die Grenzkommission, die zur völligen Abschnürung Ostpreußens von der Weichsel führt, hat tiefe Entrüstung in allen Kreisen erregt. Dem hat die Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei Ausdruck gegeben, indem sie folgende Interpellation eingebracht hat:

„Die Botschafterkonferenz der Entente haben Landstreifen, der den vom Deutschen Reich abgetretenen Gebieten der Provinzen Ost- und Westpreußen Zugang zur Weichsel gibt, Polen zugesprochen. Dieser erneute Gewaltakt trägt weder dem klaren Abstimmungsergebnis noch der geographischen und wirtschaftlichen Lage der Betroffenen, wie dies doch selbstverständlich gewesen wäre, und auch vertraglich ausdrücklich zugesichert ist, Rechnung.

Was gedenkt die Preußische Staatsregierung zu tun, um die dadurch auf das empfindlichste getroffenen wirtschaftlichen Lebensnotwendigkeiten der ohnehin schon hart geprüften Bevölkerung Ost- und Westpreußens zu sichern und dieses schwer leidende alte deutsche Kulturland gegen offenkundige Willkür, gegen zutage liegendes Unrecht und wirtschaftliche Erdrosselung zu schützen?"

*

„Die Zeit",

die größte Tageszeitung unserer Partei, teilt uns folgendes mit: Die Erhöhung der Gehälter und Löhne am 1. Januar, 1. Februar und 1. März 1922 und die große Steigerung der Papierpreise in diesen Monaten zwingen den Verlag, den Abonnementspreis für „Die Zeit" ab 1. April auf 25.— ℳ monatlich zu erhöhen. Trotz dieser Erhöhung auf 25.— ℳ wird „Die Zeit" immer noch die billigste große Berliner Tageszeitung bleiben, da auch die anderen Zeitungen gleichermaßen gezwungen sind, ihren Bezugspreis wesentlich zu erhöhen (zum Teil auf 35 und 40 ℳ). Die Preis-

erhöhung wird im 6. Nachtrag der Zeitungspreisliste für 1922, die am 11. März 1922 erscheint, veröffentlicht werden.

Bis zum 1. April gelten noch die alten Abonnementssätze, d. h. ℳ 15.— für einen Monat u. s. f. Alle bis zu diesem Zeitpunkte eingegangenen Monats- und Vierteljahresbestellungen werden daher auch noch zu den alten Preisen ausgeführt. Vom 1. April dagegen treten die neuen Abonnementssätze in Kraft, und zwar 25.— ℳ für einen Monat, 50.— ℳ für 2 Monate und 75.— ℳ für ein Vierteljahr. Studierende, eingetragene Mitglieder für Jugendgruppen, außerdem Hotels, Restaurants, Cafés usw. erhalten die Zeitung zum Vorzugspreise von monatlich 15.— ℳ.

Kreuztal-Ferndorf.

Der Familienabend des Bezirksvereins für das Amt Ferndorf am 18. März hatte sich eines zahlreichen Besuches zu erfreuen. Die Veranstaltung fand im Gasthof Siebel, Ferndorf, statt. Der Saal prangte in reichem Flaggenschmuck. Der Abend begann mit einem gemeinsamen Kaffeetrinken. Nachdem dann Herr Achenbach, Krombach, das wuchtige Gedicht Warnckes „Vergessen" in vollendeter Weise zum Vortrag gebracht hatte, begrüßte der 1. Vorsitzende Dr. med. **Dürst** die Erschienenen. Für diese dankte Herr **Heinrich Leukel.** Als Rednerin für den Abend war die Abgeordnete Frau von Kulesza dem Bezirksverein von der Geschäftsstelle empfohlen und auch verpflichtet worden. Aus bisher unaufgeklärten Gründen blieb Frau von Kulesza jedoch aus. Der Bezirksverein hatte dafür in Herrn Geschäftsführer **Nitschke** einen vorbefangen Ersatz gefunden. In fünfviertelstündigem Vortrag über „Unser Bildungsideal" führte der Redner etwa aus: „Unser Zusammenbruch, nach dem Heldenkampf gegen die ganze Welt, war nicht nur ein militärischer, politischer und wirtschaftlicher, sondern auch ein geistig-sittlicher. Die Deutsche Volkspartei, deren Aktionsprogramm in das Wort „Wiederaufbau" zusammengefaßt werden kann, setzt sich mit dem gleichen Recht und ihrer ganzen Wucht auch für den geistigen Wiederaufbau ein. Der geistige Wiederaufbau ist nicht nur eine Aufgabe der Allgemeinheit, sondern jedes einzelnen. Jeder einzelne muß mit dem geistig-sittlichen Aufbau bei sich selbst beginnen, sich läutern und dann mit seiner wiedergewonnenen Kraft sich für sein Volk einsetzen. Wir müssen alle wieder sittliche und echt deutsche Persönlichkeiten werden, und Christentum und Vaterland sind unsere Losung, weil wir erkennen, daß auf diesen Pfeilern das ganze deutsche Volk steht und stehen muß, wenn es nicht verderben soll.

Beide Forderungen finden wir in unserem Programm, nämlich: „das Christentum ist ein Eckpfeiler deutscher Kultur" und das „Vaterland über die Partei". Die Großen unseres Volkes sollen dabei unsere Lehrer sein: Goethe, wenn er in Wilhelm Meisters Wanderjahren von der dreifachen **Ehrfurcht** spricht — von der Ehrfurcht vor dem, was in uns ist, um uns und über uns — und Kant, wenn er gegenüber den Rechten, den Hauptwert auf die **Pflichten** legt. Aus diesem Brunnen müssen wir trinken, um wieder gesund zu werden. Unser geistig-sittlicher Wiederaufbau muß gekrönt werden durch **die Tat.** Nicht ein Versinken und Versenken in romantisch-sentimentale Stimmungen, sondern ein festes Zupacken und verantwortungsvolles Einsetzen der ganzen Persönlichkeit muß beweisen, daß es uns ernst ist mit dem geistig-sittlichen Wiederaufbau des einzelnen und des ganzen Volkes. Wir müssen freudig an die Lösung der schwierigen Aufgabe herantreten und uns aus Liebe zum Volke in den Dienst dieser großen Sache stellen. Dann und nur dann werden wir wieder aufsteigen zu stolzer Höhe."

Reicher Beifall dankte Herrn Nitschke am Schlusse seiner ausgezeichneten Darlegungen.

Musikvorträge der Herren **Fischer** und **Alfringhaus** und vorzügliche Rezitationen der Herren **Schick** („1813" und „Der letzte Brief des Grenadiers" von Rudolf Presber) und **Achenbach** („Die Mette von Marienburg" von Felix Dahn) fanden wohlverdiente Anerkennung.

Für die nun folgende Verlosung hatte die Festkommission hübsche Gewinne zusammengebracht und gekauft. Jeder konnte etwas gewinnen.

Die Jugend kam in einem sehr guten Gedichtvortrag des Herrn **Ebberg jun.** und einer Aussprache des Herrn **Schaub jun.**, der seine Sätze in dem Rütlischwur ausklingen ließ, zum Wort.

Gemeinsam gesungene deutsche Lieder und prächtige humoristische Vorträge des Herrn **Wilhelm Lapp** hielten die Besucher noch lange in froher Stimmung zusammen.

*

Aus dem Kreise Altenkirchen.

Die rührige Ortsgruppe in Altenkirchen veranstaltete am Samstag, 25., und Sonntag, 26. in den Ortschaften Almersbach, Busenhausen und Hilgenroth Versammlungen, die recht gut besucht waren und Zeugnis ablegten für das rege Interesse, das man den politischen Vorgängen der letzten Zeit entgegenbringt. Herr Geschäftsführer **Nitschke** in Siegen sprach in allen Versammlungen über das Thema: „Was nun?" im Anschluß an ausführliche Darlegungen über das Steuerkompromiß und die letzte französische Reparationsnote vom 21. 3. 1922. In seinen Ausführungen entwickelte er die Notwendigkeit einer Finanzreform unter besonderer Berücksichtigung der Mitarbeit der Deutschen Volkspartei. Dann zeigte er, welch' ungeheuere Forderungen die Reparationsnote enthält, nämlich weitere ungeheuerliche steuerliche Belastung, wirtschaftlichen Niedergang, Verelendung weitester Schichten des deutschen Volkes und Verlust der Finanzhoheit des Staates. Dem gegenüber gibt es nur eins: **unannehmbar.** Dieses Wort aber muß, wenn es Wirkung haben soll, aus allen Schichten des deutschen Volkes und allen Parteien des Reiches den unerhörten Forderungen der Feinde entgegengesetzt werden. Wird das deutsche Volk nach den ungeheuren Leiden der letzten Jahre und nach dem stufenweisen Absinken in größeres und immer größeres Elend endlich den Mut und die Kraft zu energischem Handeln finden? Das ist die bange Frage, die in den nächsten Tagen entschieden werden soll. Die Ausführungen des Redners wurden überall mit großem Beifall aufgenommen.

*

Aus dem Kreise Wittgenstein.

Wie wir bereits in unserer letzten Nummer mitteilten, findet am 8. April, abends 5½ Uhr, in Erndtebrück (Hotel Watt) der Parteitag der Deutschen Volkspartei für den Kreis Wittgenstein statt. Es ist dem Kreisvorstand gelungen, zwei hervorragende Fachleute zu Vorträgen zu verpflichten (siehe Anzeige). Wir bitten alle Mitglieder der Partei und Parteifreunde, besonders die Landwirte um recht zahlreiches Erscheinen. Die Vorsitzenden der Ortsgruppen werden gut tun, ihre Mitglieder noch besonders zu benachrichtigen. Unseren Parteifreunden aus dem nördlichen Teil des Siegerlandes teilen wir mit, daß zur Hinfahrt am besten benutzt wird der Zug: Siegen ab 3,25 Uhr, Kreuztal ab 4,14 Uhr, Erndtebrück an 5,30 Uhr. Die Rückfahrt kann noch an demselben Abend stattfinden: Erndtebrück ab 10,18 Uhr, Kreuztal an 11.54 Uhr, Siegen an 12,42 Uhr. Aber auch unseren Wittgensteiner Freunden ist die Möglichkeit gegeben, sowohl aus Berleburg, als auch aus Laasphe gegen ½6 Uhr in Erndtebrück einzutreffen und um 10 Uhr die Rückfahrt wieder anzutreten. Wir hoffen deshalb auf recht zahlreiche Beteiligung!

*

Unseren Parteifreunden

empfehlen wir nachstehende Schriften aus dem Staatspolitischen Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 48, Friedrichstr. 226

Buchhorn (Josef), Ich bin ein Preuße. 1919. 2. Auflage. Geh. 1.— ℳ.
" " Zwischen Goethe und Scheidemann. 1919. 2. Auflage. Geh. 1.— ℳ.
" " Deutsche Jugend wach auf! 1920. 2. Aufl. Geh. 1.— ℳ.
" " Dennoch. 1919. Geh. 1.— ℳ.
" " Bekenne. 1920. Geh. 1.— ℳ.
" " Politik und Presse. 1920. Geh. 2.— ℳ.
" " Deutscher Zeitspiegel. 1920. Geh. 5.— ℳ.
" " Der Schäfer von Jena. 1920. Geh. 12.50 ℳ.
" " Hindenburg. 1920. Geh. 8.50, geb. 12.50 ℳ.
" " Laßt uns vom Reiche zeugen. 1921. Geh. 3.50 ℳ.

v. Campe (D. Dr., Regierungspräsident z. D.), Politisierung. 1920. Geh. 6.— ℳ.

Eimbal (Elisabeth), Praktische Säuglingsfürsorge. 1920. Geh. 3.— ℳ.

Dauch (Walter, M. d. R.), Quosque tandem, politici? 1922. Geh. 16,50 ℳ.

Dette (Werner), Englische Politik. 1919. Geh. 2.— ℳ.

Dette (Werner), Skagerrak. 1920. Geh. 4.50 ℳ.

Eyssen (Jan.), Die kommunistischen Politiker. 1919. Geh. 1.75 ℳ.

Gaebel (Dr., Kurt), Der deutsche Pazifismus. 1920. Geh. 6.— ℳ.

Garnich (Hugo), Errungenschaften der Revolution im Verkehrswesen. 1919. Geh. 1.— ℳ.

An die Bezieher des „Beobachters".

Alle Beschwerden über unregelmäßige Zustellung des „Beobachters" bitten wir bei dem Briefträger oder der Postanstalt des Ortes anzubringen. Sollten dieselben erfolglos sein, so bitten wir, der Geschäftsstelle Siegen, Brüderweg 1, davon Mitteilung zu machen.

Die Geschäftsstelle der D. V. P. Siegen, Brüderweg 1.

Herausgegeben vom Kreisverein Siegen der Deutschen Volkspartei Geschäftsstelle Brüderweg 1 (Fernruf 1442). Für die Schriftleitung verantwortlich P. Nitschke. (Fernruf 1442). Gedruckt bei W. Vorländer, Obergraben 5/7, sämtlich in Siegen.

Erstklassige Wagen. Bestgeschulte Packer.
Ia Referenzen.



Vertreterbesuch
und feste Transportkosten-Berechnung auf Wunsch.



Automobile.

Karl Schler, Kreuztal, Kreis Siegen
Fernruf 126
Neuzeitlich eingerichtete Instandsetzungswerkstätte.
Alleinvertreter für die hiesigen Bezirke der Gemeinschaft Deutscher Automobilfabriken G. m. b. H., Berlin.
(N. A. G., Hansa-Lloyd, Brennabor und Hansa.)

Arnold Schreiber, Ferndorf, Kreis Siegen.

Generalvertretung
der Firma **Otto E. Meise, Hamburg,** Oele, Fette, Putzwolle
und der Firma **J. J. Glorius, Magdeburg,** Farben und Lacke.

BARMER BANK-VEREIN
HINSBERG, FISCHER & COMP.,
SIEGEN
empfiehlt sich zur Ausführung aller bankmäßigen Geschäfte

Justus Stahlschmidtsche Werke
G. m. b. H.
Kreuztal, Krs. Siegen.
Lochanstalt,
Kesselschmiede, Apparatebau.
Blechschweisserei.

Erneuerung des Beobachter-Abonnements.

Heinrich Ochl, Zigarrenspezialgeschäft
Marburger Straße 43.

Eisen- u. Metallwerke
G. m. b. H.
Ferndorf (Kr. Siegen)
Uebernahme von Dreharbeiten
wie Walzenschrauben, Muttern und sonstigen Werkstücken, auch im Lohn.
Anfertigung u. Bearbeitung von **Maschinenteilen** jeglicher Art.
Billigste Berechnung. — Anfragen erbeten.

Wäschehaus Franz Schartiger
Siegen
bietet an:
Oberhemden, Herren-Unterzeuge,
Kragen, Krawatten.
Eigene Maßabteilung für jede Art Wäsche.

Ernst Giesler & Co. G. m. b. H.
Kreuztal, Kr. Siegen.
Fernspr. 108. Telegramme: Metallgiesler.

C. W. VOGEL
G. M. B. H.
ROHRLEITUNGEN, BEHÄLTER, DRUCKKESSEL, KAMINE
EISEN- U. BLECHWAREN-FABRIK
KESSELSCHMIEDE
SIEGEN I. W.
BLECHARBEITEN, GENIETET, GESCHWEISST, ROH U. VERZINKT

Fenster- Koh- Draht- Spiegel- Glas
Zierglas, Flachglas jeder Art liefern
Denzel & Wurm G.m.b.H.
Fernruf Nr. 1433. *Siegen i. W.* Fernruf Nr. 1433

Feine
Herrenschneiderei
Fr. Grübener
Siegen,
Marburger Strasse 3.
Teleph. 2019.

NÖH & BUCH
NIETEN-FABRIK
WEIDENAU/SIEG
KESSEL-, BRÜCKEN-, SCHIFF-, VERSENK-
NIETEN
GITTER-, BLECH- U. FASS-NIETEN
IN ALLEN METALLEN

Aug. Mary,
Wurst- und Fleischwarenfabrik,
Ernsdorf-Kreuztal. Fernspr. Nr. 18.
Maschinelle Kühlanlage im Hause.

J. H. Kurth,
Kreuzthal, Kreis Siegen.
Fernsprecher Nr. 21.
Baumaterialien u. Ia Karbid
in allen Körnungen

Hotel Patt Weidenau
(Haltestelle der Straßenbahn)
Erstes u. ältestes Haus am Platze
Gute u. billige Verpflegung.

BURBACHBETON

Baugesellschaft mit beschränkter Haftung

KROMBACH, KREIS SIEGEN.

K. August Falkenhahn, Kreuztal (Kreis Siegen)

Tel. Amt Kreuztal 59 — **Eisenbahn-Baugeschäft** — Tel. Amt Siegen 1235

Ausarbeitung von Entwürfen und Herstellung von Eisenbahn-Anschlüssen.
Übernahme sämtl. Hoch- und Tiefbauten, sowie Erd-, Maurer-, Beton- und Wasserarbeiten.

Deutsche Volkspartei

Parteitag

für den Kreis Wittgenstein

in **Erndtebrück** (Hotel Patt), d. **8. April 1922,** abds. 5½ Uhr.

Redner:

Reichstagsabgeordneter und Landwirt **Westermann:**

„Das Hilfswerk der deutschen Landwirtschaft"

Kreistagsabgeordneter und Amtmann **Ebberg**-Kreuztal:

„Die neue Städte- und Gemeindeordnung".

Alle Mitglieder der Partei und Parteifreunde, besonders die Landwirte werden dazu freundlichst eingeladen.

Ludwig Pfaff
Herren-Maßgeschäft,
Kreuztal,
Kreis Siegen,
Bismarckstraße 42.

Theob. Pfeiffer Nachf.
Siegen — Kölner Straße
unterhalten das größte Lager in
Herren- u. Knabenbekleidung
Lieferant feiner Maßbekleidung.

Frau Hermann Siebertz
Ernsdorf - Kreuztal
Bismarckstraße 44.
Zigarren,
Zigaretten, Tabak,
» » Pfeifen. « «

Jacob Sarx Inh.: Karl Sarx
Fernruf 561. Siegen :: Löhrtor ::
Chemische Reinigungsanstalt und Färberei.
Wäscherei „gut Neu"
für Gardinen, Waschkleider und Waschblusen

Kartothek-Karten
fertigt nach Vorlage
W. Winckel Papierw.-Fabr. Bad Ems Bahnstation Dausenburg a. W.

Frühstücks-Services

Reichste Auswahl für
den herrschaftlichen
u. bürgerlichen Tisch

J. WELTER
Kornmarkt 12–16.

HOTEL HUTHSTEINER.

Krombacher

Pilsener, hell und dunkel



LINDELSBERG BRÄU

hergestellt aus nur Malz u. Hopfen in Friedensstärke.

Gebr. Wolf, Siegen
Sondergeschäft für Bürobedarf.
Schreibmaschinen
Rechenmaschinen
Vervielfältiger
und deren Zubehör.

Sämtl. Pelzwaren eigener Fabrikation
Hüte, Mützen, Schirme.
Ankauf aller Pelzfelle.

Pelzhaus Becker
Siegen
Fernruf 869. — Marburger Str. 10/12.

Feldmann & Münker
G. m. b. H.
Eisengroßhandlung, Krombach, Kr Siegen
Fernruf Amt Kreuztal Nr. 85 u. 115.
Telegramm-Adr.: Feldmann Kreuztal.
Neueisen Alteisen Metalle.
Besonderheit: alle Sorten Bleche.

Fabrikation von Ambossen und Sperrhörnern

Reparaturen alter Ambosse.



Matrizenstahl.



Geschmiedetes Ia. Siemens-Martin-Eisen für Maschinenteile.
Schmiedestücke.

Treibriemen
Record - Rival - Reform
besser und billiger als Lederriemen
Unentbehrlich für sämtliche Betriebe
Ia Referenzen.
Cuno Juschka, Siegen i. W.